

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER,
FDP BAYERNPARTEI, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD):

1. Von den Ausführungen im Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Vorschlag der Stadtkämmerei, die Ansätze in der laufenden Verwaltungstätigkeit um 150 Mio. € zu reduzieren, wird zugestimmt.
3. Die unter Ziffer 2 im Antrag genannte Reduzierung wird
 - a) im Umfang von 133 Mio. € durch gezielte Reduzierung von Sachkonten insbesondere im Bereich der Sach- und Dienstleistungen und
 - b) im Umfang von 17 Mio. € durch pauschale Konsolidierung im Transferbereich erbracht.
4. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die sofortige Beschränkung der Personalauszahlungen durch eine Begrenzung der Nachtragshaushaltsanmeldungen auf 12 Mio. € umzusetzen.
5. Eine Erhöhung der investiven Auszahlungsansätze durch Wiederanmeldung bereits konsolidierter Ansätze zum Nachtragshaushalt 2024 ff. darf nur in begründeten Ausnahmefällen und durch gleichwertige Kompensation bei anderen Maßnahmen zugelassen werden.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt die unter Ziffer 2 bis 5 aufgeführten Maßnahmen durch Verfügung in der Verwaltung umzusetzen. Die konkrete Umsetzung in den Teil-haushalten erfolgt im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanung 2024.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle